

## Beihilfenrechtliche Kostendämpfungspauschale

# Petition im Landtag

### Öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss vor der Sommerpause

Nachdem die von Monika Petroschka, der dbb Kreisvorsitzenden Westerwald, initiierte Online-Petition zur Abschaffung der beihilfenrechtlichen Kostendämpfungspauschale mit 12 730 Mitzeichnenden äußerst erfolgreich war, ist es bereits am 11. Juli 2023 im Landtag Rheinland-Pfalz zu einer öffentlichen Anhörung vor dem Petitionsausschuss gekommen.

Zu dem Termin hat die Petentin von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, eine Vertrauensperson in Vertretung in den Ausschuss zu schicken. Das übernahm Hans-Dieter Gattung, dbb Bezirksvorsitzender Koblenz und stellvertretender dbb Landesvorsitzender.

Er gab im Ausschuss formgerecht zunächst eine zehnjährige Stellungnahme ab, bevor die Ausschussmitglieder dann fraktionsweise „wertungsfreie“ Fragen stellten, entsprechend den Ausschussregularien.

Die Stellungnahme bestand aus wörtlichen Zitaten der Petentin und ihren Kritikpunkten an der Kostendämpfungspauschale. Die Position Monika Petroschkas deckt sich dabei im Kern mit der Position des dbb rheinland-pfalz.

Wir hatten unsere Kritik vor etwa einem Jahr bereits im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages vorgetragen, als es seinerzeit um einen – später mit den Stimmen der Regierungskoalition im Plenum



> Hans-Dieter Gattung, stellvertretender dbb Landesvorsitzender

abgelehnten – Gesetzentwurf der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz ging, der die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale bereits zum Gegenstand hatte – vergleiche „durchblick“ 10/2022, Seite 2, und seither auch 03/2023, Seite 4, 04/2023, Seite 4 und 07/2023, Seite 3.

Hans-Dieter Gattung trug entlang der damaligen Argumentationslinie gegen die Kostendämpfungspauschale insbesondere vor, dass

- eine Abschaffung ein wichtiges Signal zur Verbesserung von Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung im öffentlichen Dienst von Land und Kommunen wäre,
- die Abschaffung für den Landeshaushalt verkraftbar wäre,
- die Pauschale gegen die Fürsorgepflicht des Dienstherrn verstößt und das Nettoeinkommen der Beihilfeberechtigten

in Zeiten der Inflation empfindlich schmälert.

Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende wies auf einen Widerspruch in der Argumentation von Finanzministerin Doris Ahnen gegen die Streichung der Pauschale hin: Jüngst sagte die Ministerin, eine Streichung entlaste Bezieher höherer Beamtengehälter unverhältnismäßig stark. Zuvor hatte sie die Kostendämpfungspauschale allerdings stets als sozial ausgewogen und damit relativ gleich belastend verteidigt.

Die Politik dürfe nicht rosinenpickend je nach Gelegenheit argumentieren, sondern müsse konsequent die Pauschale ablehnen. Das haben Hamburg, Berlin und Nordrhein-Westfalen vollzogen, in neun Bundesländern gibt es damit keine Kostendämpfungspauschale.

Im Namen Monika Petroschkas stieß sich Hans-Dieter Gattung auch an der Aussage der Minister-

präsidentin Malu Dreyer vom November 2022, dass die Pauschalenerhebung in Ordnung sein müsse, denn die Landesregierung erreichte keine Beschwerden darüber. 12.730 Mitzeichnende der online-Petition sind der eindeutige Gegenbeweis.

SPD und Grüne fragten nach Vorteilen der privaten Krankenversicherung und rissen das Thema Bürgerversicherung an, was Hans-Dieter Gattung parierte mit Hinweisen auf alimentationsrechtliche Systembesonderheiten und Erfahrungen mit dem Leistungsspektrum.

Insbesondere die Frage aus Richtung der Grünen, was sich denn seit der Ablehnung des damaligen Gesetzentwurfs im Plenum Neues ergeben hätte, beantwortete der dbb-Landesvize mit dem Hinweis auf 12 730 Mitzeichnungen.

Die Kostendämpfungspauschale wurde als dauerhaft ungerechtes Sparmodell charakterisiert, obwohl die seinerzeitige Praxisgebühr in der GKV längst abgeschafft sei. Es wurde verdeutlicht, dass sich die Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst verschlechtern, Nachwuchsmangel eklatant ist und die Fachkräftesicherung immer schwieriger.

Der Ausschuss wird die Anhörung in seiner nächsten Sitzung nach der Sommerpause (voraussichtlich am 19. September 2023) auswerten. ■

## DSTG Rheinland-Pfalz

# Gewerkschaftstag bestätigt Stefan Bayer im Amt

Elke Schwabl Ehrenmitglied

(db/dstg) Unter dem Motto „Nicht einfach, sondern richtig machen!“ fand am 4. und 5. Juli der 24. Steuer-Gewerkschaftstag der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Rheinland-Pfalz in der Rhein-Mosel-Halle in Koblenz statt.

Nach dem durch den Landesvorsitzenden Stefan Bayer erstatteten Geschäftsbericht und der Entlastung des Vorstands wurden sowohl die neue Landesleitung als auch der Landesverbandsvorstand einstimmig von den 92 Delegierten gewählt.

Bis auf die bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Elke Schwabl traten alle Landesleitungsmitglieder wieder zur Wahl an, ergänzt durch Caroline Trinkenschuh (Trier). Die neue Landesleitung setzt sich also zusammen aus Stefan Bayer, Claudia Rüdell, Jens Vernia, Markus Stock, Caroline Trinkenschuh und Sascha Dietz.

Elke Schwabl, zugleich stellvertretende Landesvorsitzende und Schatzmeisterin des dbb rheinland-pfalz, wurde vom DSTG-Gewerkschaftstag für ihr jahrzehntelanges herausra-

gendes gewerkschaftliches Engagement und ihren Einsatz in der Personalvertretung zum Ehrenmitglied der DSTG Rheinland-Pfalz ernannt.

Am Nachmittag erreichte der Gewerkschaftstag seinen Höhepunkt mit der öffentlichen Veranstaltung. Landesvize Jens Vernia begrüßte zahlreiche Gäste in der Rhein-Mosel-Halle. Die Koblenzer Bürgermeisterin Ulrike Mohrs hieß die Gäste herzlich willkommen. Es folgten Grußworte der dbb Landesvorsitzenden Lilli Lenz und des DSTG-Bundesvorsitzenden Florian Köbler.

Die dbb Landesvorsitzende nutzte ihr Grußwort, um die drängenden Probleme Nachwuchsmangel und Fachkräftesicherung im öffentlichen Dienst zu analysieren. Sie forderte die statusgruppenunabhängige Einbeziehung auch des Landespersonals in eine Flutzulage nach der Hochwasserkatastrophe vor zwei Jahren, regte die Anhebung der Eingangsamtsbesoldung an und forderte die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale im Beihilfenrecht. Ein weiterer Baustein zur Verbesse-



> DSTG-Landesvorsitzender Stefan Bayer, DSTG-Landesvize Sascha Dietz und dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz (von links).

rung der Karrierebedingungen im Landesdienst könnte die weitere Qualifizierung von Tarifbeschäftigten sein. Für diese und weitere „bullet points“ erhielt Lilli Lenz von den Delegierten des Steuer-Gewerkschaftstages großen Applaus – Kunststück: gehören doch alle gemeinsam zur bunten dbb Familie.

DSTG-Bundeschef Florian Köbler regte fachspezifisch Steuerrechtsverschrankungen an sowie eine Selbstveranlagung von

Selbstständigen und Gewerbetreibenden bei Echtzeitzugriff der Finanzbehörden auf die Buchhaltung, mehr Einsatz künstlicher Intelligenz und verbreiterte Etablierung von Risikomanagementsystemen zur Entlastung des Personals.

Anschließend hielt DSTG-Landeschef Stefan Bayer eine pointierte Rede zur aktuellen Personalsituation speziell in der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung. 400 Vollzeit-



© dbb rlp/Rimbach

> Elke Schwabl, Ehrenmitglied der DSTG Rheinland-Pfalz und stellvertretende dbb Landesvorsitzende.



© DSTG RLP

> Die neue Landesleitung der DSTG Rheinland-Pfalz: Sascha Dietz, Caro Trinkenschuh, Jens Vernia, Stefan Bayer, Markus Stock, Claudia Rüdell (von links).

äquivalente oder 600 Mitarbeitende fehlten der Steuerverwaltung und damit das Personal von zwei mittelgroßen Finanzämtern. Er forderte die Finanzministerin Doris Ahnen dazu auf, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, und präsentierte einige Lösungsvorschläge. Dazu gehörten Nachbesserungen bei den Reisekosten für Dienstreisen, die umgehende Gewährung

einer Inflationsausgleichsprämie, mehr Personal – insbesondere für die Beihilfenbearbeitung –, verbesserte Homeoffice-Leitlinien, kompatible telefonische Erreichbarkeitszeiten und verstärkte Digitalisierung sowie die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten.

Die Standing Ovationen des Publikums machten deutlich,

dass dringend Maßnahmen ergriffen werden müssen.

In ihrer replizierenden Rede verkündete Finanzministerin Doris Ahnen weitere Einstellungsermächtigungen zur Entlastung der Bewertungsstellen sowie zur Verstärkung des Beihilfedezernats im Landesamt für Finanzen. Außerdem gab sie bekannt, dass ab dem 1. Ju-

li 2024 Anwärter mit Tablets ausgestattet werden. Die Delegierten der DSTG nahmen das positiv auf.

Am folgenden Tag wurde der Weg der zukünftigen Gewerkschaftsarbeit geebnet. Die Delegierten stimmten über Satzungsänderungen, Leitstränge und circa 60 weitere Anträge ab. ■

## Verwaltungspersonalnot in flutbetroffenen Gebieten

# „Flutzulage“ auch für Landesbeschäftigte gefordert

dbb rheinland-pfalz setzt sich für ein deutliches Zeichen der wertschätzenden Anerkennung wie im Kommunaldienst ein.

Pünktlich zur auswärtigen Ministerratssitzung und zum Kabinettsbesuch an der Ahr am 11. Juli 2023 hat der dbb rheinland-pfalz Ministerpräsidentin Malu Dreyer dazu aufgefordert, in fürsorglicher Verantwortung für das Landespersonal in allen im Jahr 2021 von der Flut betroffenen Landesteilen statusgruppenübergreifend eine Zulage vorzusehen.

Auch im Landesdienst sind aus Gewerkschaftssicht flutbedingt ungewöhnlich große Aufgabenvolumina zu stemmen, die sich aus der Summe der originären Verwaltungsaufgaben und der Mehraufgaben ergeben, die dem jahrelangen Wiederaufbau geschuldet sind.

Auch im Landesdienst liegen flutbedingt in den heimgesuchten Gebieten insbesondere Personalbindungs- und auch Personalgewinnungsbedarf vor, der sich nochmals deutlich von der Situation in anderen, nicht flutbetroffenen öffentlichen Dienstbereichen abhebt.

dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz: „Das Flutereignis und sei-

ne Nachwirkungen belasten das krisenbedingt physisch und psychisch gebeutelte Personal nicht nur im Dienst der Kommunen, sondern auch im Dienst des Landes schwer. Aus unserer Sicht am wirkungsvollsten und praktikabel wäre eine fürsorgliche Nachzeichnung der für die Kommunen gefundenen Lösungen, und zwar ohne hohe formale Hürden im Einzelfall.“

Zu befürchten sei sonst eine Verschärfung der Personalabwanderung weg aus den flutbetroffenen Gebieten hin zu anderen öffentlichen Arbeitgebern oder in die Privatwirtschaft.

Im Sinne von Anerkennung und Wertschätzung sowie aus Gründen der dringend erforderlichen (Fach-)Personalbindung können Kommunalbeschäftigte und Kommunalbeamten/-beamte in den von der Flutkatastrophe 2021 an der Ahr betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften unter bestimmten Bedingungen Zulagen erhalten.

Tarifrechtlich wurde die seit 2008 eingeführte Arbeits-

marktzulage zur Deckung des Personalbedarfs und zur Bindung von qualifizierten Fachkräften erweiternd in Gestalt einer befristeten Flutzulage für anwendbar erklärt, die bis zu zehn Prozent der Stufe 2 der jeweiligen Entgeltgruppe betragen darf (statt bis zu 20 Prozent wie im Grundmodell).

Beamtenrechtlich wurde durch Artikel 2 des Landesgesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes vom 22. Dezember 2023 (GVBl. S. 483) eine temporäre Erhöhung des jeweiligen Ausgabenbudgets des § 45 Abs. 3 Landesbesoldungsgesetz – Sonderzuschlag zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit – für die flutbetroffenen kommunalen Gebietskörperschaften im Landkreis Ahrweiler zugelassen.

Entsprechendes lehnt die Landesregierung für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer und Beamten/Beamte im Landesdienst bislang ab. Man sehe keine Notwendigkeit und könne abgesehen davon praktisch auch nicht differenzieren zwischen Empfangsbe-



> dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz

rechtigten und Nichtberechtigten.

So hatte sich Innenminister Michael Ebling bereits Mitte Januar geäußert und so äußerte sich Finanzministerin Doris Ahnen auch auf dem 24. Steuerwerkschaftstag am 4. Juli 2023 in Koblenz. Deshalb richtete der dbb Landesbund seine Forderung im Zusammenhang mit dem zweiten Jahrestag des Flutereignisses direkt an Ministerpräsidentin Malu Dreyer. ■